

# Zaltesche Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 203.

1910. Nr. 58. Zweite Ausgabe

Freitag, 4. Februar 1910.

## Zentrum und Polen.

Welche Erfolge sich die Polen von der Organisierung des Zentrums in Westpreußen versprechen, wenn die Zentrumswähler bei den Wahlen ihren Führern unbedingt gehorchen, geht aus nachstehenden polnischen Urtheilen hervor. Der „Pielgrzym“ fordert die deutschen Katholiken auf, sich von den allzu radikalen (für nationalpolitischen) Grundrissen loszusagen, und meint, wenn sich z. B. in Königsberg die Wähler nicht mehr mit den Wahlen befassen würden, dann könnten im Wahlkreis Königsberg-Schlodau, der zwei Landtagsabgeordnete stelle, immer ein Pole und ein deutscher Katholik gewählt werden, denn bisher hätten den polnischen Kandidaten immer nur 4 bis 6 Stimmen gefehlt, die König mit Leichtigkeit allein stellen könnte. Die „Gazeta Odnosa“ sagt, daß bei der gegenwärtigen Freundlichkeit des Zentrums mit den Polen (die vom Zentrum immer noch betrieffen wird) sowohl das Zentrum wie die Polen, und am meisten in Westpreußen gewinnen könnten, wo sie, wenn sie sich ordentlich an die Arbeit machten, manden Wahlkreis erobern könnten. An den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen sei nur das Zentrum schuld, und wenn es nur wollte, dann könnte z. B. im Ratiborer Wahlkreis ein polnischer Abgeordneter gewählt werden. Um ihre vernünftigen Forderungen in Westpreußen auf den rechten Weg zu führen, hätten ja die Führer der Zentrumspartei, die es anständig umfassen, daß es bei den zukünftigen Wahlen anders werden sollte, in Königsberg eine Demonstration abgehalten. Ob sich aber der verderbte Geist der westpreussischen und polnischen Herrenmänner so mit einem Mal auf die Seite des polnischen Glaubens werde hinüberziehen lassen, das läßt auf einem anderen Blatt. Von den Beamten verlangt der „Pielgrzym“, durch die kaiserliche Vorhänge genügt, war nicht, daß sie bei den Landtagswahlen für polnische oder polnische Kompromißkandidaten stimmen sollten, aber bei den Reichstagswahlen könnten sie nach ihrem Gewissen stimmen, das heißt: dem Kommando der Zentrumseitung befolgsamst gehorchen! Aber neben diesen vorübergehenden Erfolgen des Zusammengehens des Zentrums mit den Polen erhebt sich doch die viel größere Gefahr, wie schon das Weisheit in Oberhesseln in erläuternder Weise zeigt hat, nämlich daß die großpolnische Bewegung in Westpreußen ungemein gefördert wird. Und das spricht auch die in Prozent erscheinende polnische Monatschrift „Gryf“ unermüdet aus: Die Organisierung des Zentrums in Westpreußen könnte deshalb begründet werden, weil der Kampf, der zwischen dem Zentrum und Polen um die polnisch und deutsch sprechenden Katholiken entbrennen werde, frisches Leben in die dumpfige Atmosphäre bringen werde, die jeden (großpolnischen) Lebenshauch in der staubigen Verdrümpfung. — Wir werden also durch diese Zentrumsorganisation in Westpreußen genau daselbe erleben wie in Oberhesseln: Stärkung des Polentums auf Kosten des Deutschtums.

## Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika ermächtigt den Bundesrat, bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Vereinigten Staaten in das deutsche Zollgebiet die Anwendung der in den geltenden Handelsverträgen vorgesehenen Zollsätze in angemessenem Umfang zu erlassen. Die Ermächtigung bleibt solange in Kraft, als in den Vereinigten Staaten die Erzeugnisse des Deutschen Reichs und der mit ihm angrenzenden Länder oder Gebiete höherer Zollsätze als dem im Abschnitt 1 des amerikanischen Zollgesetzes vom 5. August 1909 vorgesehenen nicht unterworfen werden. Wird von den Vereinigten Staaten bei der Zollbehandlung nicht nach den in der Note zu Artikel 2 des Handelsabkommens vom 22. April 2. Mai 1907 enthaltenen Grundrissen verfahren, oder lassen die Vereinigten Staaten bezüglich des Warenverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten irgendwelche, den gegenwärtigen Zustand zu Ungunsten Deutschlands verändernde Änderungen eintreten, so wird der Bundesrat nach seinem Ermessen die den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten gewährten Begünstigungen ganz oder teilweise zurückziehen.

In der Begründung des Gesetzesentwurfes heißt es, daß es bei den Verhandlungen nur darauf hätte ankommen können, Deutschland den amerikanischen Minimaltarif zu sichern, sowie gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiete des Zollverwaltungsvorganges zu erlangen. Dagegen hätten die Vereinigten Staaten Genehmigung aller deutschen Vertragsvorläufe, Zulassung von amerikanischen Schiffebesitzern nach Bornahme der amtlichen Anzeigenschein in Aussicht, Zulassung von amerikanischen Schiffen zur sofortigen Schlichtung verlangt. Deutscherseits ist erklärt worden, die kaiserliche Regierung könne auf die beiden letzten Forderungen im Namen der Tarifverhandlungen nicht eingehen, um aber einen Beweis ihrer freundschaftlichen Gefinnungen gegenüber Amerika zu geben, werde die kaiserliche Regierung, falls die Union die Abschaffung der Trichinematellen gefordert zur Sprache bringe, auf eine

Erlaubung dieser Angelegenheit im Sinne der amerikanischen Wünsche hinwirken bereit sein. Bezüglich der Einfuhr lebenden Viehs dagegen könne die kaiserliche Regierung weder ein Entgegenkommen in Aussicht stellen, noch in irgendwelche Verhandlungen eintreten. Bezüglich der deutschen Vertragsvorläufe sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

## Die Lage im Orient.

Wie dem Neuesten Bureau mitgeteilt wird, sieht die Abfahrt des englischen Gesandten von Malta nach dem Piräus in keinerlei Zusammenhang mit der politischen Lage auf der Balkanhalbinsel. Es handelt sich vielmehr lediglich um eine der regulären Übungsfahrten.

Wie das Neueste Bureau weiter erfährt, legt die letzte Note der türkischen Regierung an die Schugmächte dar, die Forderung einer Entsendung freisichtiger Deputierter in die griechische Nationalversammlung als osasus belli betrachtet. Der türkische Botschafter, der dieser Forderung das auswärtige Amt in London von der Ansicht seiner Regierung in Kenntnis setzte, hat die Versicherung erhalten, daß die britische Regierung den Ernst der Lage vollständig würdige; weiter ist ihm erklärt worden, die Schugmächte seien einzig in der Absicht, eine so provokatorische Handlungsweise nicht zu dulden. Es würden strenge Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Kreter auf dieser Politik beharren sollten.

Bei Redaktionschluss läuft noch folgende Meldung bei uns ein: Die griechische Nationalversammlung wird nicht vor Dezember 1910 einberufen werden.

## Deutsches Reich.

**\* Deutschland und Oesterreich.** Aus Wien wird uns gemeldet: Der Minister des Äußeren Graf Lehrenthal begibt sich, wie die „Politische Korrespondenz“ mitteilt, am 21. d. Mts. nach Berlin, um den Besuch des Reichsfinanzlers Dr. von Bethmann Hollweg zu erwandern. Der Aufenthalt des Grafen Lehrenthal in Berlin wird drei Tage dauern.

**\* Die Schiffahrtsabgaben vor dem Bundesrat.** Die Beratung der vereinigten Bundesratsausschüsse für Handel und Verkehr, für Zulassung und für die Befassung über den preussischen Gesetzesentwurf betreffend die Erhebung von Schiffahrtsabgaben, führte, wie der „Reichsanzeiger“ heute meldet, zu dem Ergebnis, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Art. 78 der Reichsverfassung für die Grundgedanken dieses Vorschlags, nämlich:

Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes unter billiger Heranziehung der Beteiligten durch Erhebung mäßiger Schiffahrtsabgaben; Zusammenfassung der Uferstaaten innerhalb der einzelnen Stromgebiete in Zweckverbände zur Finanzierung der erforderlichen Bauten aus gemeinsamen Stromläufen

vorhanden ist, und daß auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.

**\* Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen.** Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 3. d. M. dem Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen seine Zustimmung erteilt.

**\* Das Schießabkommen zwischen Deutschland und Großbritannien.** Bis zum 12. Juli 1904 ist durch einen Notenaustausch um weitere fünf Jahre bis zum 12. Juli 1914 verlängert worden.

**\* Der geplante französische Zolltarif.** Aus den Kreisen der deutschen Exportindustrie schreibt man zu den gegenwärtigen Zolltarifberatungen in französischen Senat: Der wirtschaftliche Ausblick auf die besagte Zolltarifberatung seiner Tagung in der vorigen Woche auch mit der während der Erhebung des französischen Zolltarifs beschäftigt, und man darf annehmen, daß die Vertreter der Industrie dabei bereits gewisse Vorschläge unterbreitet haben, welche Maßregeln gegenüber den außerordentlichen Schwabungen unserer Ausfuhr von deutscher Seite in Frage kommen könnten. Wenn ein genaues Studium dieses Zolltarifs führt zu dem Ergebnis, daß eine große Menge von Positionen mit autonomen und ungebundenen Zollhöhen vorhanden ist, die für die französische Ausfuhr von sehr erheblichem Interesse sind. Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland eine derartige planmäßige Erörterung seiner Ausfuhr mit entsprechenden Gegenmaßregeln beantworten muß. In erster Linie kommen die Zollhöhen in Frage, deren Festsetzung innerhalb gewisser Grenzen nach der Finanzreform des letzten Sommers in die Hände des Bundesrats gelegt ist. Der Gesamtwert von 10 bis 15 Mrd. unter allen Umständen auf die zulässige Höchstgrenze von 180 Mrd. heraufgesetzt werden müssen und hierzu ist Frankreich innerhalb mit 7 Millionen interessiert. Der Eingangssoll für Frankreich wäre auf 350 Mrd. für Röhre und auf 275 Mrd. für andere Branntweine zu erhöhen, wobei zu berücksichtigen ist, daß bei derartige Waren für etwa 4 1/2 Millionen von Frankreich beziehen. Aber an ungebundenen Zollhöhen, deren Erhebung in Frage kommt und die für Frankreich Bedeutung haben, ist weiter eine große Zahl vorhanden, so z. B. Datteln, Safran, Vanille, Kautschuk und Abfälle von Holz, Eisenstein und Kautschukabfälle.

Gerben, Loh, von Bindern und Schafen, wobei wir für mehr als eine Million beziehen, Knochenmehl, Mehl, Weizen, der für 2-2,5 Millionen eingeführt wird, Honig, Mehl, Federn, andere Schmuckwaren mit einem Ausfuhrwert von 1,5 Millionen, Seiden, chemisch zubereitete Nährmittel, Bauxit mit 2 Millionen Ausfuhrwert, Gesteine und Halbedelsteine, Seifen, Alkalisalze, Farbholzsäure und Leinwandstoffe, Nies- und Schönheitsmittel, Stoff- und Wollwaren, Thomsophosphatmehl, wobei wir für mehr als 1/2 Millionen beziehen, Gestein, künstliche Seide, Züll, Gaze und Gewebe von Seide, Kammeuge, Kammeuge, Baumwollabfälle, Hüte, Pelzwaren und noch eine große Zahl anderer Erzeugnisse.

**\* Wegen der preussischen Wahlvorlage verhandelt gestern der Ministerpräsident mit den Fraktionsdelegierten einzeln. Am Montag wird der Senorenkonvent des Abgeordnetenhauses zusammenrufen, um zu beraten, ob der Dienstag und Mittwoch den Abgeordneten zum Studium der Wahlrechtsvorlage freigegeben werden soll. Die erste Lesung der Vorlage würde dann am Donnerstag erfolgen.**

**\* Handfertigkeitsunterricht an höheren Schulen.** Auf Veranlassung des Kultusministeriums hat Professor Storch in Königsberg einen Antrag im Reichstag für den Handfertigkeitsunterricht für höhere Schulen eingereicht. Den Schülern wird Gelegenheit gegeben, Modelle vom einfachsten Boot bis zum völlig getriebenen Kutter herzustellen. In a. werden auch Modelle, allerhöhen, Modelle von Maschinen und dergleichen gefertigt, wobei zu bemerken ist, daß die Herstellung nicht nur den Zweck hat, die Fertigkeit der Schüler zu üben, sondern es auch ermöglicht, die Modelle zum Wettgelein auf Zeichen der Benutzung des Windes zu gebrauchen. Man hält den Unterricht im Bootbau für die Schüler der oberen Klassen als besonders geeignet, die Begriffe von der Bedeutung und dem Ernst der Handarbeit vor Augen zu führen. Während sonst in der Handarbeit meist nur die einfachsten Gebrauchsgenstände wie Nähmaschinen, Fußbänke, Stiefelstücke und dergleichen gefertigt wurden, müssen sich die Arbeiten im Bootbau abspielen und an sich geschmackvoll gestalten, so daß dabei gleichzeitig das künstlerische Moment zu Tage tritt. Zu dem Studium des Bootbaus werden bereits erwählt, welche sich die doppelte Anzahl von Schülern, so daß nur die Hälfte aufgenommen werden können. Demnach wird auch ein Lehrkurs für den Bootbau für den Stabslehrerunterricht unter dem genannten Professor auf Veranlassung des Kultusministeriums entstehen. Bei den Anträgen, die man seitens der Unterrichtsverwaltung für die Ausbreitung des Handfertigkeitsunterrichts abgibt, gilt als Norm, daß die Schüler aus dem mittleren Klassen der höheren Schulen bis hin zu Holz-, Papp- und Metallarbeiten zu befähigen werden, während die höheren Klassen auf dem Unterricht in diesen Fächern, fähig, sich mit physikalischer Handfertigkeitsarbeit (Herstellung von Reduziermaschinen, Zehnerometern, Dynamometer, elektrische Messinstrumenten usw.) und mit den neu hinzugekommenen Stoffen im Bootbau zu befähigen haben.

**\* St. Maj. der Kaiser nahm am Donnerstag vormittag im Schloße zu Berlin die Vorträge des Kriegsinstituts, des Chefs des Generalstabs der Armee, des Chefs des Ingenieur- und Pionierkorps und des Chefs des Militärabwärtens entgegen.**

**\* Die Verteilung des Schwarzen Kreuzes** an Ostafrika, Bringen von Ostafrika, Reichsvereiner und Prinzregent von China, wird gestern abend im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

**\* Ordenverleihungen.** Der König von Württemberg hat dem General der Infanterie v. Kessel, Generaloberstabschef des Kaisers und Gouverneur von Berlin, dem Großfürsten des Erbens der viertertraglichen Krone, dem Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe S. H. von Löwe, dem Staatsminister des Reichsministeriums Pernburg das Großkreuz des Friedrichsordens, ferner dem Kammerherrn Herrn. von Heimburg das Komturkreuz zweiter Klasse des gleichen Ordens verliehen.

**\* Der Reichsanzeiger und die rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Altkreisverbandes.** Der Reichsanzeiger hat vom dem Abnann der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Altkreisverbandes in deren Auftrag ein Schreiben erhalten, in dem eine Entschuldig mitgeteilt wird, in welcher es u. a. heißt:

Die am 30. Januar in Düsseldorf abgetreten von 39 Delegierten tagende rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Altkreisverbandes erachten es als vaterländische Pflicht, auszusprechen, daß in ihren Kreisen das Auswärtige Amt alles Vertrauen verloren habe. Diese Vertrauensmänner haben dem Ausland Waffen gegen die deutschen Unternehmungen geliefert, in wichtigsten Fällen große reichsweite Interessen schwer gefährdet. Mit Bezug auf die Zusammenkunft, wie lange der Reichsanzeiger diese Verbrechen mit seiner Verantwortlichkeit decken wird?

Darauf ist folgendes Schreiben ergangen:

Der Hauptverbreiter des Altkreisverbandes in Mainz bezieht sich und mitteilen, daß wir aus Willkür von der Natur das befolgende Schreiben zugegangen ist: Es ist unannehmlich, daß von Willkür eine Organisation, die wie der Altkreisverband nach ihren Satzungen in nationalem Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und belagelose Anschuldigungen geleistet werden. Ich sehe es ab, diese „Entschuldig“ entgegenzunehmen. Der Reichsanzeiger von Bethmann Hollweg.

**\* Sitzung des Allgemeinen deutschen Knappschaftsverbandes.** Unter dem Vorsitz des Geheimen Bergrats Dr. Weidmann auf Schloß Hain bei Wachen fand am gestern Nachmittag in Berlin eine Sitzung des ständigen Ausschusses des Allgemeinen deutschen Knappschaftsverbandes statt, an welcher Geheimen Oberbergrat Steinbrunn und Bergwerksdirektor Dr. Senf-Berlin als Vertreter des preussischen Handelsministeriums, sowie Oberbergrat





